

**Rapport der Gebirgsinfanteriebrigade 12
vom Freitag, 18. Februar 2011,
Forum Ried, Landquart**

Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Einladung zum Rapport der Gebirgsinfanteriebrigade 12 und freue mich Ihnen die Grüsse der Bündner Regierung überbringen zu dürfen.

Wie ich von Ihrem Kdt erfahren habe und wie man in den vergangenen Wochen auch den Medien entnehmen musste, wird in diesem Jahr der Brigaderapport mehr oder weniger die einzige Gelegenheit sein, Truppenteile der Gebirgsinfanteriebrigade 12 in unserem Kanton begrüssen zu können. Medienberichten zu folge liegt der Grund dafür bei einer Bündelung der Kräfte wegen knapp gewordenem Ausrüstungsmaterial infolge mangelnder finanzieller Mittel des Bundes. Nach dem gestrig kommunizierten Überschuss von 3,6 Milliarden Franken, erwarten wir nun natürlich, dass das bescheidene Rüstungsprogramm im Umfang von 433 Millionen aufgestockt wird und dass sich für unseren Chef der Armee das militärische Schlaraffenland eröffnet... Nun, dass Sie keinen Dienst in GR leisten werden ist bedauerlich – ja sehr bedauerlich in mehrfacher Hinsicht:

1. Armeeangehörige sollten nicht bloss ihre Waffen, Fahrzeuge und übrigen Gerätschaften kennen und beherrschen. Vielmehr sollten die Truppen ihr eigenes Terrain möglichst gut kennen. Wenn schon nicht die Mittel ausreichen, um die Armee hinreichend auszurüsten, so sollte die Truppe zumindest die Fähigkeit erlangen, das Gelände zu ihrem Vorteil zu nutzen.
2. Der derzeitige Einsatz der Truppen führt zu einer Konzentration auf wenige Standorte. Und ich gehe davon aus, dass die dort ansässige Bevölkerung mittelfristig wenig Freude an der Massierung der Truppe an ihren Wohnorten haben wird, da dies zwangsläufig zumindest mit Lärmbelästigungen oder auch anderen Unannehmlichkeiten verbunden sein kann.
3. Drittens wird die Armee mit der Konzentration auf wenige Standorte in der breiten Bevölkerung an Präsenz verlieren und dadurch auch weniger Gelegenheit haben ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Die Armee kann mit ihrem Engagement vor Ort das Wohlwollen der Bevölkerung und die Verbundenheit mit der Bevölkerung erhalten und stärken. Das Problem ist doch, je weniger die Armee vor Ort präsent ist, desto weniger ist die ansässige Bevölkerung bereit, die Armee und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten (sicher hat die Armee für einzelne auch positive Aspekte, wie bspw. Nahrungsmittellieferanten, Hotels etc.) in Kauf zu nehmen.
4. Der volkswirtschaftliche Nutzen in den Regionen geht verloren und die Gemeinden beschweren sich über leere Truppenunterkünfte. Sie können sich vorstellen, dass

findige Geister sehr rasch andere Verwendungsmöglichkeiten und Projekte für leerstehende Anlagen entwickeln.

Selbst wenn Bundesrat Maurer regionalpolitische Argumente bei der Ausgestaltung seiner besten Armee der Welt nicht gelten lassen will, so sollten zumindest die Vorteile einer in der Bevölkerung stark verankerten Armee in die Überlegungen einfließen. Aus diesen Gründen plädiere ich für den Einsatz der Truppen in dem ihnen zugeordneten Einsatzraum und bedauere es, dass dem Antrag Ihres Kdt wenigstens einen Teil der Dienstleistung in GR zu absolvieren, nicht entsprochen wurde.

Erlauben Sie mir den Blick zu öffnen und etwas über die Kantonsgrenze hinauszuschauen. Vor kurzem habe ich einen Bericht des Österreichischen Integrationsfonds zur Migration aus Nordafrika sowie dem nahen und mittleren Osten gelesen, der mich nachdenklich stimmte. Darin sind unter anderem folgende fünf Aussagen enthalten:

- Die Entwicklung und das Zusammenspiel von fünf Faktoren werden das Ausmass zukünftiger Migrationsbewegungen aus Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten nach Europa, bestimmen. Es sind dies: bewaffnete Konflikte, Verfolgung jeglicher Art, ökonomische Perspektivlosigkeit, ökologische Veränderungen und demografische Entwicklungen. Das ist nicht neu und nachvollziehbar.
- Auch wenig überraschend die Aussage, dass in den letzten Jahren etwa 50% der Emigranten in die EU wanderten und dass Europa aufgrund seiner geographischen Nachbarschaft und seinem auf lange Sicht bestehenden Bedarf an jungen Arbeitskräften eine Hauptzielregion bleiben wird.
- Für mich überraschend war hingegen die Aussage, dass in den letzten 50 Jahren die Regionen Nordafrikas sowie des Nahen Ostens das weltweit grösste Bevölkerungswachstum verzeichneten. In der gesamten Region wird sich die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von 2000 bis 2020 auf 185 Mio. Menschen fast verdoppeln. Gemäss der Weltbank müssten bis zu diesem Zeitpunkt etwa 100 Mio. neue Jobs geschaffen werden.
- Beunruhigend dann die Prognose, dass im Jahr 2020 bis 50 Mio. Menschen arbeitslos sein könnten. Bereits heute will eine Mehrheit der Jugendlichen, etwa in Tunesien oder Algerien, emigrieren, da sie sich jenseits ihrer Heimat eine bessere Zukunft erhoffen. In Tunesien stieg etwa die Zahl der 15-29 Jährigen, die sich vorstellen können, auszuwandern, in den letzten Jahren von 22% (1996) auf 75,9% (2006).

- Hinzu kommt, dass sich gemäss einer UNO-Studie bis 2025 die pro Kopf Verfügbarkeit von Wasser mehr als halbieren wird und dass 90% der Menschen in der Region in wasserarmen Gebieten leben werden. Ansteigende Desertifikation und Dürren werden das verfügbare Ackerland weiter verringern und die Landbevölkerung in die großen Städte und in wasserreichere Gebiete drängen.
- Schliesslich wurde darauf hingewiesen, dass sich im Jahr 2008 die Zahl der auf Lampedusa gestrandeten Boatpeople auf über 27000 verdreifachte.

Nun, meine Damen und Herren, dieser Bericht – es ist einer von vielen und dessen Prognosen man durchaus auch kritisch würdigen darf - wurde im September 2009 erstellt. Tatsache ist aber, dass in den vergangenen Tagen die Flüchtlingswelle aus Nordafrika bereits mehr als 5000 Flüchtlinge allein nach Lampedusa brachte. Ein politischer Flächenbrand ist entfacht und dehnt sich aus – nach Tunesien und Ägypten, folgten Algerien, Lybien, Jemen, Bahrain – und noch ist nicht absehbar, wer noch alles auf diesen Zug aufspringt. Warum erzähle ich Ihnen das. Nun, als auch für den Asylbereich Zuständige spreche ich aus Erfahrung, wenn ich sage, dass allein die Bewältigung von ca. 15'500 neue Asylgesuche im Jahr 2010 für das Bundesamt und die Kantone keine leichte Aufgabe darstellen. Bei Migrationswellen dieses Ausmasses wie in den letzten Tagen allein in Italien kommt man mit den herkömmlichen zivilen Mitteln wohl schnell an Grenzen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Gefahren- und Bedrohungsanalyse des sicherheitspolitischen Berichts sowie des Armeeberichts eine neue Dimension erreichen. Der unter indirekte Gefahren und Bedrohungen aufgeführter "Zerfall staatlicher Strukturen" und die "Migrationsprobleme" dürften in ein anderes Licht gerückt sein und sind wohl aktueller denn je. Noch waren wir in der Lage, die Migrationsbewegung der letzten Jahre mit zivilen Mitteln zu bewältigen. Wie lange dies noch möglich ist, ist angesichts der Entwicklung in Nordafrika und im nahen und mittleren Osten zumindest fraglich. Immerhin schlafe ich seit gestern wieder ruhiger, nachdem bekannt gegeben wurde, dass die Schweiz ganze 3 Experten zur Unterstützung von Frontex entsandt hat.

Vor diesem Hintergrund beunruhigt auch die Diskussion der vergangenen Wochen und Monate über die der Armee fehlenden Finanzen noch mehr. Nicht nur hat das Parlament in geradezu sträflicher Weise über Jahre die entsprechenden finanziellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt, die notwendig wären, um die Armee so auszurüsten oder die Ausrüstung so instand zu halten, damit sie die ihr zugewiesenen Aufgaben wahrnehmen kann. Auch der derzeit diskutierte Ansatz, die Aufgaben der Armee den finanziellen Vorgaben des Parlaments anzupassen erscheint mir grundsätzlich falsch. Vielmehr müssten umgekehrt die Aufgaben der Armee von der sicherheitspolitischen Notwendigkeit her definiert und in der Folge die hierfür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Selbst wenn die Politik in den letzten Jahren in sicherheitspolitischen Entscheiden nicht wirklich brillierte, bin ich dennoch zuversichtlich, dass der Weiterbestand der traditionellen Werte in der Schweizer Armee und die Notwendigkeit für den Fortbestand einer universell einsetzbaren und schlagkräftigen Armee im Parlament eine Mehrheit finden wird. Das Abstimmungsergebnis zur Waffeninitiative vergangenes Wochenende darf sicher auch als Bekenntnis zur Armee gewertet werden und gibt Hoffnung. Dennoch werden die Entscheidungen und deren Umsetzung keinesfalls leicht zu bewerkstelligen sein. Unabdingbar erscheint mir dabei der Einbezug der Kantone. Bei Entscheidungen über Auftrag und Grösse der künftigen Armee müssen auch die zivilen Bedürfnisse und die zivilen Ressourcen berücksichtigt werden. Es ist praktisch ausgeschlossen, dass die Kantone ausserordentliche Lagen wie z.B. den Sturm Lothar, die Waldbrände im Misox oder die Murgänge im Bündner Oberland ohne die Armee bewältigen. Auch die Durchführung eines WEF ist ohne den Einsatz der Armee nicht mehr denkbar. Sicher bestünde mittelfristig die Möglichkeit, die kantonalen Ressourcen wie die Polizeikorps, die Feuerwehren oder auch den Zivilschutz massiv zu vergrössern. Allerdings stellt sich dann immer die Frage, wie diese Frauen und Männer in der normalen Lage eingesetzt werden sollen. Wohl würden sich die Einwohnerinnen und Einwohner bei einer Vergrösserung des Polizeikorps über den vermehrten Schutz vor Raub oder Diebstahl freuen, hingegen dürfte sich die Begeisterung bei einer Zunahme von Geschwindigkeitskontrollen oder dergleichen wohl sehr stark in Grenzen halten. Ausserdem müssten die erforderlichen personellen Ressourcen vom Parlament erst noch bewilligt werden.

Den Medien zufolge soll weiterhin an der Milizarmee festgehalten werden. Dies bedingt aber ein festes Fundament in der Bevölkerung. So komme ich wieder zu meiner eingangs gestellten Forderung zurück. Die einzelnen Truppen müssen so oft wie möglich in den ihnen zugewiesenen Einsatzräumen zum Einsatz gelangen. Dabei würde auch ein Tag Arbeit zu Gunsten der Allgemeinheit bei der örtlichen Bevölkerung viel Goodwill schaffen und der Truppe das Gefühl geben etwas Gutes geleistet zu haben. Dies trägt zur Identifikation der Bevölkerung mit der Armee bei. Selbstverständlich nur dann, wenn die Armeeangehörigen korrekt in der Öffentlichkeit auftreten und von dieser so wahrgenommen werden. Und genau hier sind Sie als Kader besonders gefordert.

In Zeiten der Verunsicherung ist es besonders wichtig, dass sich die Kader aller Stufen ihrer Verantwortung bewusst sind. Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmass sind Schlüssel zum Erfolg in der Führung der Truppe. Dies bedingt auch, dass Sie als Chef

Ihren Untergebenen laufend Ihre Werte kommunizieren und diese auch vorleben. Dann werden Sie glaubhaft sein.

Bevor ich zum Schluss komme, danke ich den Verantwortlichen aller Stufen, dass die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen der Armee, dem Kanton und den Gemeinden auch im vergangenen Jahr wieder einwandfrei funktioniert hat.

Zum Schluss danke ich allen Angehörigen der Gebirgsinfanteriebrigade 12 für den Einsatz, den Sie zu Gunsten unserer Armee und damit der Schweiz erbringen. Dies ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit! Vor allem wünsche ich Ihnen eine anforderungsreiche, aber unfallfreie Dienstzeit im 2011.

lic. iur. Barbara Janom Steiner

Vorsteherin des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit